

Impfen – ein vorrangiges Anliegen der öffentlichen Gesundheit

Impf-Information Schweiz. Immer wieder erinnert das Bundesamt für Gesundheit (BAG) daran, dass die Möglichkeit, sich gegen Infektionskrankheiten zu schützen, eine Chance und nicht eine Verpflichtung ist, dass es sich beim Impfplan für Kinder um eine in der Schweiz und der ganzen Welt wissenschaftlich verankerte Massnahme handelt und dass nur die freiwillige Impfung aller Kinder und Jugendlichen ermöglicht, die allzu oft als harmlos betrachteten impfverhütbaren Krankheiten zu bekämpfen. Letzten Winter lancierte das BAG in Zusammenarbeit mit Bundes- und Kantonsbehörden sowie der Schweizerischen Ärztesgesellschaft (FMH) die Präventionskampagne Impf-Information Schweiz.



Die systematisch durchgeführten Routineimpfungen von Kindern und Jugendlichen tragen dazu bei, Infektionskrankheiten einzudämmen und letztlich auszurotten.

Dank der Fortschritte der Medizin und einer hohen Durchimpfungsrate in der Schweiz sind die impfverhütbaren Krankheiten und deren tragische Folgen in den vergangenen Jahrzehnten stark zurückgegangen. Dies hat zu einer Banalisierung und Verkennung der echten Gefahren dieser Infektionskrankheiten geführt. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine gewisse Skepsis beobachten, die durch impfkritische alternative Ansätze oft bestärkt wird und bei jungen Eltern Fragen und Zweifel hervorruft. Es stimmt, dass Impfungen gewisse Risiken beinhalten, doch im Vergleich zu den

Komplikationen, die Infektionskrankheiten bei nicht geschützten Personen verursachen können, sind diese sehr klein.

Erkrankungen, Komplikationen, Todesfälle

In den letzten Jahren sind in der Schweiz und verschiedenen anderen europäischen Ländern Masernepidemien aufgetreten, die Tausende von Kindern betrafen, teilweise schwerwiegende Folgen hatten und auch Todesopfer forderten. Vor der Rötelnimpfung wurde die Zahl der Missbildungen bei Geburt infolge dieser Infektion auf 25 bis 30 Fälle pro Jahr

und die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf etwa 100 geschätzt. Vor der Einführung der entsprechenden Impfungen zählte man in der Schweiz im Durchschnitt jährlich etwa 3000 Diphtheriefälle, 700 Fälle von Kinderlähmung und 200 Fälle von Hirnhautentzündung durch Haemophilus influenzae. Diese Krankheiten sind heute beinahe ganz verschwunden.

Gefahr von Epidemien

Ein Rückgang der Durchimpfungsrate begünstigt das Auftre-

Fortsetzung Seite 2



Cannabis-Konsum

**Prävention und Schadensmin-
derung.** Die geplante Revision des Betäubungsmittelgesetzes bringt eine Strafbefreiung des Konsums von Cannabis mit sich. Für das Bundesamt für Gesundheit stehen nach wie vor die Prävention, die Früherfassung gefährdeter Jugendlicher und die Verhinderung von gesundheitlichen Schäden bei Cannabis konsumierenden Personen im Vordergrund, welche weiter ausgebaut werden sollen. **Seite 4**



Alles im Griff?

Das nationale Programm zur Alkoholprävention zieht Bilanz. Seit 1999 läuft das nationale Programm «Alles im Griff?» für einen vernünftigen Umgang mit Alkohol. Eine umfassende Auswertung zeigt, dass das Programm von BAG, SFA und EAV im Grossen und Ganzen gute Arbeit leistet, wenn auch nach vier Jahren keine Schlüsse über die Nachhaltigkeit möglich sind. Die Zusammenfassung der Globalevaluation und eine Stellungnahme der Programmleitung auf **Seite 7**



FiSu

Finanzierung der stationären Suchttherapie. Budgetdruck und Sparsbemühungen machen auch vor dem Bereich Therapie nicht halt. Das Bundesamt für Gesundheit hat mit «FiSu» ein neues Finanzierungsmodell für stationäre Einrichtungen der Suchthilfe ausgearbeitet. Es soll letztlich mehr Leistungsqualität, Transparenz und Kostenbewusstsein bringen. Nun müsste das Modell von den Kantonen umgesetzt werden, die zum Teil noch sehr zurückhaltend gegenüber den vorgesehenen Neuerungen sind. **Seite 8**

ten von Epidemien bei der nicht geschützten Bevölkerung und stellt somit eine echte Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar. Die Förderung der Routineimpfungen im Kinds- und Jugendalter ist für die Bundes- und Kantonsbehörden daher ein vorrangiges Anliegen der öffentlichen Gesundheit. Die Durchimpfungsrate soll auf diese Weise erhöht und Infektionskrankheiten sollen im nationalen und internationalen Rahmen wirksam bekämpft werden.

Eine nationale Präventionskampagne

Im Rahmen des nationalen Impfprogramms will das BAG mit seiner Präventionskampagne «Impf-Information Schweiz» dazu beitragen, dass Säuglinge, Kinder und Jugendliche vermehrt vorsorglich geimpft werden. Damit Eltern in Impffragen sachgerecht entscheiden können, müssen sie ohne grossen Aufwand an die notwendigen Informationen gelangen können. Mit der Erweiterung des bestehenden Informationsangebotes um neue, interaktive Kommunikationsmedien soll der Informationsstand der Bevölkerung erhöht und die Entscheidungsgrundlagen für Eltern verbessert werden. Das BAG hat dabei politische und fachliche Unterstützung von Bund, Kantonen und der FMH erhalten und setzt auf die Dialogbereitschaft von Eltern, Betreuerinnen und Betreuern von Kindern.

Informationsangebot auf «Impfleben» ausgerichtet

Die wesentlichen Berührungspunkte des Kindes beziehungsweise seiner Eltern und Betreuer mit dem Thema «Impfen» sind vor allem die Stationen im «Impfleben» eines Kleinkindes bis zum 16-jährigen Jugendlichen. An diesem «Impfleben» respektive am Impfplan des BAG orientieren sich demnach die geplanten Informations- und Kommunikationsmassnahmen. Eltern und Betreuer von Kindern, aber auch Jugendliche werden auf die laufend aktualisierten Informationsangebote aufmerksam gemacht. Eltern sollen über Vorteile, Risiken und Nebenwirkungen der Vorsorgeimpfungen objektiv informiert werden. In der neu konzipierten Impf-Broschüre sind die wichtigsten Fakten zum Thema wissenschaftlich fundiert und verständlich formuliert zusammengestellt. Mit dieser Broschüre soll der teilweise herrschenden Verunsicherung, insbesondere bei jungen Eltern, entgegengewirkt werden. (Bezugsquelle s. Seite 6)

Schlüsselrollen der Ärzteschaft

Im «Impfleben» eines Kindes übernehmen Ärztinnen und Ärzte, das medizinische Fachpersonal in Spitälern, Praxen sowie Mütter-/Väterberatungsstellen eine wichtige Beratungsfunktion. Sie tragen dazu bei, dass Eltern und Jugendliche rechtzeitig, umfassend und fachgerecht über Infektions-



In einer kostenlosen Informationsbroschüre für Eltern sind die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema Impfen zusammengefasst.

krankheiten, mögliche Komplikationen und den vorbeugenden Impfschutz informiert werden. Als unterstützende Grundlage für Beratungsgespräche, aber auch als Entscheidungshilfe für die Eltern, hat das BAG in enger Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte (VKS) die wichtigsten Fragen und Antworten zum Thema «Impfen» in einem Argumentarium zusammengestellt. (Bezugsquelle s. Seite 6)

Bereits seit einiger Zeit existiert, unterstützt von der Schweizerischen Kommission für Impffragen (SKIF) und dem BAG, das Expertennetz für Impffragen (INFO-VAC), auf welches wir an dieser Stelle gerne verweisen. Ärztinnen und Ärzte erhalten gegen eine jährliche Abonnementsgebühr von 25 Franken innerhalb von 24 bis 48 Stunden Antwort auf Fachfragen (Anmeldung: Infovac@medecine.unige.ch, Fax: 022 379 58 01)

Impfline auf 0844 448 448

Unter der Nummer 0844 448 448 steht der Schweizer Bevölkerung seit kurzem die durch das medizinische Beratungszentrum Medgate betreute, im Auftrag des BAG aufgebaute Impfline zur Verfügung. Die von geschultem Me-

dizinalpersonal, Ärztinnen und Ärzten erbrachte telefonische Dienstleistung in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch ist bis auf die Telefongebühren gratis.

Internet und Medienarbeit

Über die vom BAG laufend aktualisierte Internet-Site www.sichimpfen.ch können wichtige Basisinformationen abgerufen, aber auch alle erwähnten Unterlagen bestellt und gratis bezogen werden. Zudem will das BAG mit intensiver Medienarbeit eine fundierte und objektive Berichterstattung in der Tages-, Wochen- und Fachpresse sowie in Eltern- und Jugendmagazinen unterstützen.

Impfungen und Nebenwirkungen

Jede Impfung regt den Körper zu einer eigenen Abwehrreaktion gegen die geimpfte Krankheit an. Damit können häufig leichte Begleiterscheinungen einhergehen: Unwohlsein, Unruhe, Weinen oder Temperaturanstieg. Die Einstichstelle kann sich röten oder anschwellen.

Sehr sorgfältige Studien bei Millionen von geimpften Kindern



Video zu Tetanus

In Zusammenarbeit mit dem BAG und mit Unterstützung der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz hat die Schweizerische Gesellschaft für Impfpromotion ein Informations- und Aufklärungsvideo zum Krankheitsbild «Tetanus» produziert. Anhand eines in der Schweiz aufgetretenen Falls

werden Krankheitsbild und Behandlungsmethoden auf eindrückliche Weise dokumentiert. Dieses erste Produkt einer Video-Serie zu verschiedenen, durch Impfung vermeidbaren Krankheiten ist in den Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch als VHS-Kassette oder CD-ROM erhältlich. (Bezugsquelle s. Seite 6.)

Forum

«Niemand will klar Stellung nehmen» – Erfahrungen einer jungen Mutter

Lucienne W. * ist Mutter eines dreijährigen Knaben. Sie ist von Beruf Krankenschwester, äussert sich aber nicht als Fachperson, sondern als eine besorgte Mutter, die für das Wohlbefinden ihres Kindes alles nur Erdenkliche tun möchte. Ganz allgemein ist sie gegenüber Impfungen positiv eingestellt, allerdings wird ihre Sicherheit immer wieder durch – namentlich in den Medien geführte – Debatten über Impfungen erschüttert.

Die junge Mutter hat ihr Kind einen Monat vor der Geburt bei ihrer Krankenkasse angemeldet. Von dieser Seite hat sie keinerlei

Informationen zum Thema Impfungen erhalten. Als werdende Mutter hat sie jedoch alles verschlungen, was sie zu den Themen Geburt, Säuglingspflege und Entwicklung von Kleinkindern in der Fachliteratur und in Zeitschriften zu lesen fand. Dabei wurde sie zum ersten Mal mit den Diskussionen rund ums Thema Impfungen konfrontiert.

Während der ganzen Schwangerschaft hat sie weder vom Frauenarzt noch von der Hebamme irgendwelche Informationen über das Impfen bekommen. Dafür überreichte ihr der Kinderarzt bei ihrem ersten Besuch, einen Monat nach der Geburt ein Faltblatt, eine Art kleiner Ratgeber für frisch gebackene Eltern. «Diese von Kinderärzten herausgebe-

ne Broschüre fand ich gut, weil sie auf Fragen zu Impfungen, Pflege und Gesundheit von Kleinkindern ganz allgemein und Unfälle einging.»

Diese Schrift gab Auskunft zu:

- Impfungen und ihr Nutzen;
- unerlässliche Impfungen;
- warum man Kinder gegen Krankheiten impfen soll;
- mögliche Krankheiten und Impfplan;
- Risiken und Nebenwirkungen von Impfungen.

«Nach der Lektüre dieser leicht verständlichen Dokumentation hat man Lust, seine Kinder impfen zu lassen», ist Lucienne W. überzeugt, bemängelt aber, dass die Broschüre nichts über die impfbegleitenden Möglichkeiten der Homöopathie beinhaltet.

«Der Kinderarzt empfiehlt die Impfungen, weil sie nach seinen Aussagen wesentlich verbessert worden und viel sicherer seien als vor zwanzig Jahren, aber wenn man zu einem Homöopathen geht, behauptet dieser das Gegenteil», bedauert Lucienne W. Mütter, die für ihre Kinder nur das beste möchten, bleiben zwischen dem Kinderarzt, der sich nicht genug Zeit nimmt, genau zu erklären, und den Anhängern der Naturmedizin zwischen gegenteiligen Meinungen und «Glaubensbekenntnissen» verunsichert zurück.

Früher habe man sich keine Fragen gestellt und sich impfen lassen. Heute führten die widersprüchlichen Informationen, die von den Medien verbreitet würden, zu einer Verunsicherung von

haben bestätigt, dass ernsthafte Nebenwirkungen von Impfungen Ausnahmen sind und sehr selten vorkommen.

Nur bei einer von über 100 000 Anwendungen löst eine Impfung eine schwer wiegende Nebenwirkung aus. Im Einzelfall ist immer zu prüfen, ob diese Reaktion tatsächlich durch die Impfung ausgelöst wurde, denn solche Krankheiten kommen im Kindesalter auch ohne Impfung vor.

Seit es Impfungen gibt, tauchen immer wieder Vermutungen auf, bei denen einzelne Impfstoffe in den Zusammenhang mit diversen Krankheiten gebracht werden. Dabei handelt es sich meist um komplexe Krankheiten (z.B. Autismus, Multiple Sklerose, Diabetes), für deren Entstehung, abgesehen von erblichen Risikofaktoren, die Ursachen weitgehend unbekannt sind. Aufgrund umfangreicher wissenschaftlicher Studien weiss man heute, dass die Keuchhusten-Impfung nicht zum «plötzlichen Kindstod» führt, die Hepatitis-B-Impfung nicht die Ursache der Multiplen Sklerose ist, die Masern-Impfung keinen Autismus verursacht, die Impfung gegen Hirnhautentzündung nicht zu Diabetes führt und dass für den weltweiten Anstieg von allergischen Erkrankungen nicht Impfungen verantwortlich sind. ■

www.sichimpfen.ch

Weitere Auskünfte:
Hans-Peter Roost, Epidemiologie und Infektionskrankheiten, BAG, 3003 Bern, Tel. 031 322 95 05, hans-peter.roost@bag.admin.ch

Wogegen man Kinder und Jugendliche impfen sollte

Welche Impfungen werden empfohlen, welche Infektionskrankheiten gilt es einzudämmen?

- Diphtherie
- Starrkrampf
- Keuchhusten
- Kinderlähmung
- Masern
- Mumps
- Röteln
- Hirnhaut- und Kehlkopfentzündung durch Haemophilus influenzae
- Hepatitis B

jungen Eltern, die nach eindeutigen Meinungen suchten. Niemand wolle klar Stellung beziehen: dies sei keine Hilfe, wenn man sich entscheiden müsse, findet Lucienne W., die sich eine bessere Zusammenarbeit zwischen traditioneller und Alternativmedizin wünscht. Sie stellt nicht in Frage, dass Impfungen für das einzelne Kind und für die Gemeinschaft wohl begründet seien, aber sie wünschte sich, dass auch die anderen Behandlungsmöglichkeiten gebührend berücksichtigt würden.

*) Die Betroffene will zu ihrem persönlichen Schutz nicht mit vollem Namen genannt werden.

Jugendliche ernst nehmen und mit einbeziehen

Stay in Touch. Auf Einladung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) reisten Mitte März gegen 500 Spezialisten und Jugendliche aus verschiedenen europäischen Ländern nach Luzern, um am 3. Europäischen Kongress Jugendarbeit, Jugendhilfe und Suchtprävention teilzunehmen.



Unter den kritischen Blicken von zwei Dutzend Jugendlichen diskutierten die Fachleute in Luzern über Jugendarbeit, Jugendhilfe und Suchtprävention.

Die Fachleute kamen nicht nur zahlreich, sie gaben den Gastgebern der Tagung auch sehr gute Noten. 80% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren mit dem Kongress insgesamt «zufrieden» oder «sehr zufrieden». Auch die Qualität von Workshops und Plenarvorträgen beurteilten überwiegende Mehrheiten als gut bis sehr gut. (Die detaillierten Ergebnisse der Evaluation sowie die Power-Point-Präsentationen der Hauptreferate sind auf der Homepage www.stayintouch.ch zu finden.)

Partizipation ist wichtig

Beziehungen und Partizipation standen als Schlagworte im Zentrum als wichtigste Schutzfaktoren im Umgang der jungen Menschen mit Suchtmitteln. «Heranwachsende werden häufig als unreif behandelt und systematisch unterschätzt», formulierte Micha de Winter, Professor an der Abteilung für Kinder- und Jugendstudien der Universität Utrecht seine Erfahrungen. Dieses negative Bild werde zum Risikofaktor. Für das Wohlbefinden, die Entwicklung und die Gesundheit der Jugendlichen insgesamt sei Partizipation sehr wichtig. Echte Partizipation, so Micha de Winter, setze sich zu-

sammen aus: Information, Kommunikation, Entscheidungsfindung, Einbezug und Engagement.

Bunter Informationsmarkt

Der Kongress im KKL in Luzern vom 13. bis 15. März 2003 lud zum breit gefächerten und vertieften Austausch von Erfahrungen und bot die einmalige Gelegenheit, Projekte aus der Schweiz und aus ganz Europa kennen zu lernen. Die Konferenz stand zum dritten Mal (nach Münster 1996 und Maastricht 1999) unter dem Motto «Stay in touch – in Kontakt bleiben».

Eingeladen waren Berufsleute aus der Jugendarbeit, Jugendhilfe und Prävention, Forschende, Politikerinnen und Politiker, Entscheidungsträger und Medienschaffende. Vertreten waren auch zwei Dutzend Jugendliche aus verschiedenen Nationen, die sich an eigenen Workshops Gedanken zu Prävention und Gesundheitsförderung machten und diese an den Kongressplenarien vorstellten. Ihre Teilnahme hat hoffentlich mehr als symbolischen Charakter und ist ein Zeichen für den Willen, Jugendliche tatsächlich ernst zu nehmen und mit einzubeziehen.

Impulse für die Schweiz

Das BAG hat den Kongress 2003 nicht zuletzt deshalb in die Schweiz geholt, um einem breiten Schweizer Fachpublikum neuere Ansätze der Prävention und Erfahrungen aus dem Ausland vorzustellen. Die Hauptreferate werden im Herbst in einer Kongressdokumentation vorliegen und allen Teilnehmenden gratis zugestellt.

Das BAG plant für die Jahre 2004 bis 2007 ein Impulsprogramm «supra-II» zur Förderung der Sekundärprävention. Einige der an Stay in Touch formulierten Erkenntnisse und Forderungen werden darin wieder zu erkennen sein. ■

www.stayintouch.ch



Aus erster Hand

Schutzimpfungen zählen zu den herausragenden Erfolgen der Medizin. Die Pocken, früher verantwortlich für jährlich zwei Millionen Todesopfer und weltweit Hauptursache von Erblindungen, sind dank der Impfung seit 1980 vom Erdball verschwunden. Dank der Impfungen und verbesserter Hygienebedingungen treten verschiedene Infektionskrankheiten in der Schweiz weniger häufig auf als noch vor einigen Jahren. Damit verbunden ist leider der Rückgang des Bewusstseins und des Wissens in der breiten Bevölkerung um die Gefährlichkeit dieser Infektionskrankheiten. Ausbrüche von durch Impfung verhütbaren Infektionskrankheiten in verschiedenen Ländern Europas (Kinderlähmung: 1992/93, 1996, 2000, 2001, Masern: 1999/00, 2001, 2002) machen deutlich, dass eine Vernachlässigung von Schutzimpfungen auch bei uns ernsthafte Konsequenzen haben kann. Seit Februar 2003 traten in der Schweiz mehrere Masernausbrüche auf, die z.T. Gehirn- und Lungenentzündungen verursachten. Von den gemeldeten Patientinnen und Patienten hatten ca. 10% eine Komplikation und bei ca. 6% der Erkrankten erfolgte eine Spitalweisung. 98% der Erkrankten waren nicht oder nicht ausreichend geimpft. Weltweit sterben pro Jahr 745 000 Kinder an Masern. Impfverhütbare «Kinderkrankheiten» sind deshalb für Kinder und Erwachsene nicht harmlos und können zu schwereren Folgen führen, als allgemein angenommen wird.

Während der neuen Infektionskrankheit SARS grosses öffentliches Interesse entgegengebracht wird und eine Impfung als grosser Fortschritt geschätzt würde, besteht bezüglich der altbekannten durch Impfung verhütbaren «Kinderkrankheiten» ein erhebliches Informationsdefizit. Mythen und Halbwahrheiten, die reale und angebliche Nebenwirkungen von Impfungen oft stärker gewichten als bekannte Komplikationen der Krankheiten, beeinflussen den Entscheidungsprozess zu oft negativ.

Die Präventionskampagne «Impf-Information Schweiz» des BAG will im Rahmen der Gesamtstrategie des Nationalen Impfprogramms ein glaubwürdiges, den Bedürfnissen wesentlicher Zielgruppen entsprechendes Informationsangebot anbieten, um eine auf Fakten basierende, selbstverantwortliche Impf-Entscheidung zu ermöglichen. Eine sorgfältige Analyse der Bedürfnisse der im Impfbereich engagierten Organisationen ist dabei von zentraler Bedeutung. Im Rahmen der nationalen Projektorganisation sind deshalb mit dem Steuerungsausschuss und der Konsultativgruppe zwei jeweils breit abgestützte Projektorgane eingerichtet worden, um den Einbezug unterschiedlicher Vorstellungen und Interessen zielorientiert mitberücksichtigen zu können.

Prof. Dr. med. Diethelm Hartmann
Stellv. Direktor Bundesamt für Gesundheit



Der bunte Informationsmarkt bot Überblick über eine Vielzahl von Präventionsprojekten.

Wirksamere Cannabisprävention mit dem revidierten Betäubungsmittelgesetz?

Cannabis-Prävention. Die bei Revision des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) vorgesehene Entkriminalisierung des Cannabiskonsums gibt Anlass zu heftigen Diskussionen. Für das Bundesamt für Gesundheit (BAG) stehen Jugendschutz und Prävention im Vordergrund: Angestrebt wird eine Reduktion des Konsums und der damit verbundenen Risiken. Wer zum Drogenhanf greift, soll dabei seine Gesundheit möglichst wenig gefährden. Erwachsenen ermöglicht das revidierte Gesetz einen Cannabiskonsum in Selbstverantwortung und ohne dafür bestraft zu werden.

Insgesamt kann in der Schweiz nicht von einer grösseren Gefährdung der öffentlichen Gesundheit durch den Cannabiskonsum gesprochen werden. Es gibt ohne Zweifel schwerer wiegende Probleme wie das Zigarettenrauchen, der übermässige Alkoholkonsum, der Konsum harter Drogen sowie die zunehmenden Symptome psychischer Leiden und Suizide. Fest steht aber, dass der Konsum von Cannabis in den letzten Jahren in der Schweiz stark zugenommen hat, insbesondere bei Jugendlichen. Fast jeder zweite Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren hat Cannabiserfahrungen, wobei es sich in der Regel um Experimentier- und Gelegenheitskonsum handelt, der nach einiger Zeit oft aufgegeben wird. Angestiegen ist jedoch auch die Zahl der Jugendlichen, die Cannabis häufig konsumieren: 14% der Schüler und

6% der Schülerinnen geben an, im Laufe des vergangenen Jahres Cannabis 40 Mal und öfters konsumiert zu haben. Das ist vor allem dann problematisch, wenn die Droge eingesetzt wird, um Probleme zu verdrängen.

Wie bei jedem Risikoverhalten gibt es auch beim Cannabiskonsum schädliche Konsummuster. Aufgrund verschiedener Erhebungen kann man davon ausgehen, dass rund 25 000 Jugendliche (15% der konsumierenden) einen problematischen täglichen Konsum haben. Bei ihnen ist das gesunde Erwachsenwerden gefährdet; das Risiko, härtere Drogen einzunehmen oder gar in eine Suchtkarriere zu gleiten, nimmt zu.

Wer hat welche Rolle?

Die Cannabisprävention ist Teil der allgemeinen Suchtprävention und orientiert sich demzufolge an den zwei Hauptzielen der Abstinenz und der Schadensminderung. Die Zielgruppen lassen sich in drei Hauptgruppen unterteilen: die Gesamtbevölkerung, einzelne Gruppen und Settings sowie Einzelpersonen.

Der Bund informiert die Öffentlichkeit über die Suchtproblematik und führt landesweite Präventionsprogramme durch. Die Kantone sind für Prävention und Beratung zuständig und schaffen die dazu nötigen Einrichtungen. Der Bund unterstützt die Anstrengungen der Kantone, Gemeinden und privaten Organisationen in diesem Bereich, koordiniert und startet – wo es sinnvoll ist – eigene Initiativen.

Welche Auswirkungen hat die vorgeschlagene Revision des Betäubungsmittelgesetzes auf die Prävention? Das Gesetz soll den Anliegen des Gesundheitsschutzes mehr Gewicht verleihen. Das Verbot des Cannabiskonsums soll aufgehoben werden, weil die Gesundheitsgefährdung durch Cannabis erwiesenermassen relativ gering ist. Auch hat sich die Einstellung der Gesellschaft zum Cannabiskonsum stark gewandelt und das bisherige Verbot konnte die starke Zunahme des Konsums in breiten Kreisen nicht verhindern.

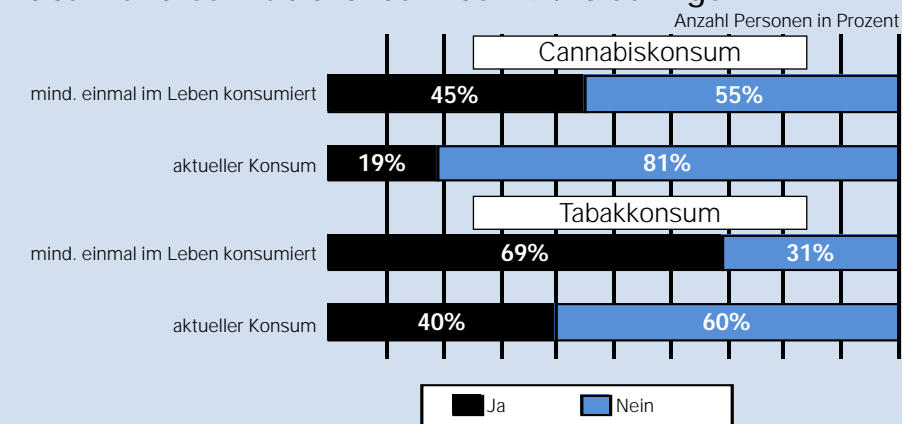
Fachleute gehen davon aus, dass sich die Strafbefreiung auf die Verbreitung des Cannabiskonsums kaum auswirken wird. Vergleichen die Untersuchungen zeigen, dass in verschiedenen europäischen Ländern kein Zusammenhang zwischen der Drogengesetzgebung und der Verbreitung von Drogen besteht.

Jugendschutz und Prävention ausbauen

Dem Jugendschutz kommt im Rahmen des revidierten Betäubungsmittelgesetzes grosse Bedeutung zu. Diese Gesetzesvorlage sieht vor, die Strafbarkeit des Konsums von Cannabis aufzuheben. Wer Betäubungsmittel – auch Cannabis – an Jugendliche abgibt, soll hingegen härter bestraft wer-

Wer mit Rauchen anfängt, bleibt meist dabei; jugendlicher Cannabis-Konsum ist oft ein vorübergehendes Ausprobieren

Tabak- und Cannabiskonsum bei 19-/20-Jährigen



Der jeweils obere Balken der Grafik zeigt, dass bedeutend mehr 19- und 20-Jährige Erfahrungen mit dem Konsum von Tabakrauchen aufweisen (69%) als mit dem Cannabiskonsum (45%). Zudem ist aus der Kategorie der aktuell Konsumierenden ersichtlich, dass die Mehrheit derjenigen, die schon einmal Tabak konsumiert haben, beim Tabakkonsum bleibt und auch heute noch raucht, während die Mehrheit der 19- und 20-Jährigen mit Cannabiserfahrung kein Cannabis mehr konsumiert.

Quelle: BAG, gemäss Daten des schweizerischen Tabakmonitorings (2002)

Die relevanten Stellen aus dem neuen Text des BetmG:

Abschnitt: Prävention

Art. 3b

Die Kantone fördern die Aufklärung und Beratung zur Verhütung von suchtbedingten Störungen und deren gesundheits- und sozial-schädlichen Auswirkungen. Sie schaffen die dazu notwendigen Einrichtungen. Der Bund führt Programme von nationalen Interesse zur Prävention durch und informiert die Öffentlichkeit über die Suchtproblematik.

Art. 3c

Jugendschutz: Gefährdungsmeldung und Frühintervention

Amtsstellen und Berufsleute, die im Erziehungs-, Sozial-, Gesundheits-, Justiz- und Polizeiwesen tätig sind, können Fälle von vorliegenden oder drohenden suchtbedingten Störungen an die zuständigen Behandlungs- und Fürsorgestellen melden, wenn:

- sie diese in ihrer amtlichen oder beruflichen Tätigkeit festgestellt haben;
- eine erhebliche Gefährdung der Betroffenen, ihrer Angehörigen oder der Allgemeinheit vorliegt; und
- sie eine Betreuungsmassnahme als angezeigt erachten.

Die Kantone bezeichnen fachlich qualifizierte öffentliche oder private Behandlungs- oder Fürsorgestellen, die für die Betreuung von gemeldeten Personen, namentlich von gefährdeten Jugendlichen, zuständig sind.

den als bisher. Das Gesetz verpflichtet neu die Kantone, ein Betreuungsgesetz für die Früherfassung gefährdeter Personen, besonders Jugendlicher, aufzubauen. Vorgesehen ist das Instrument der Gefährdungsmeldung. Zur Meldung berechnete sind sowohl Amtsstellen wie auch einzelne Berufsleute im Erziehungs-, Sozial-, Gesundheits-, Justiz- und Polizeiwesen.

Falls das Parlament beschliesst, eine Lenkungsabgabe auf Cannabisprodukte zu erheben, so ist vorgesehen, einen Teil dieser Einnahmen für präventive und therapeutische Massnahmen zu verwenden. Das BAG plant zudem Aufklärungsmassnahmen rund um Cannabis für verschiedene Zielgruppen: für Kinder und Jugendliche ist zum Beispiel eine Internetplattform geplant, wo man sich über Cannabis informieren kann. Das Projekt «Runder Tisch» ist bereits in vielen Gemeinden angefallen. In Zusammenarbeit mit Radix Gesundheitsförderung wendet es sich an Schlüsselpersonen in den Gemeinden. Diese Schlüsselpersonen sollen von Suchtfachleuten bei Problemen im Zusammenhang mit Cannabismissbrauch beraten werden, um Präventionsmassnahmen längerfristig noch besser in den Gemeinden zu verankern.

Was unternimmt die Schule?

Das nationale Präventionsprogramm «bildung + gesundheit – Netzwerk Schweiz» setzt bereits heute im Schulbereich, dem zentralen Lebensraum von 11- bis 16-Jährigen, an. Dieses Programm wird vom BAG und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirek-

toren in Zusammenarbeit mit nationalen Partnern wie der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) getragen und befindet sich seit September 2002 in Umsetzung. Dem Programm «bildung + gesundheit – Netzwerk Schweiz» liegt ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis zu Grunde. Der Konsum von Tabak, Alkohol, Cannabis und anderen Drogen wird im Rahmen dieses ganzheitlichen Verständnisses thematisiert.

Früherfassung gefährdeter Jugendlicher

Ein weiteres wichtiges Element der Prävention ist die Früherfassung gefährdeter Jugendlicher. In diesem Zusammenhang ist das vom BAG aufgebaute Programm supra-f zu erwähnen. Heute bestehen in 7 Kantonen 12 supra-f-Zentren, die bis heute mehr als 1 000 Jugendliche betreut haben. Das Thema Drogen spielt hier eine wichtige Rolle, denn ein Drittel der betreuten Jugendlichen wiesen beim Eintritt problematischen Drogenkonsum auf. ■

Nationales Forum zur Cannabisprävention

Am 25. September 2003 findet in Biel ein nationales Forum für Fachleute der Suchtprävention statt. Der Titel dieser Tagung, die von Radix Gesundheitsförderung, in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention des BAG und der Fachgruppe Gesundheitsförderung und Prävention des VSD organisiert wird, lautet: Illegal, legal, ist's egal? Cannabis und Prävention.

Kontaktadresse siehe Seite 6

Jugendliche rauchen aus Gewohnheit

Umfrage Jugend und Tabak: Rauchen ist bei Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 20 Jahren stark verbreitet. So lautet das Teilergebnis einer nationalen Umfrage bei über 2 000 jungen Menschen. Die Tabakprävention ist gefordert.

Knapp ein Drittel (30 Prozent) der Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren rauchen. Von ihnen konsumieren 17 Prozent täglich Zigaretten. Der Tabakkonsum beginnt früh. Bereits sechs Prozent der 14-Jährigen Jungen und Mädchen rauchen. Bis zum Alter von 20 Jahren steigt der Konsum dann rapide an. Ein Viertel der 15- bis 16-Jährigen raucht, bei den 17- bis 18-Jährigen sind es 36 Prozent und von den 19- bis 20-Jährigen rauchen 41 Prozent. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen lässt sich sagen, dass 40 000 Personen, die in der Schweiz täglich zur Zigarette greifen, jünger als 18 sind. Trotzdem raucht immer noch eine Mehrheit von 60 Prozent der Jugendlichen nicht.

Kaum Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen

Die Zahlen verteilen sich gleichmässig auf beide Geschlechter und der Anteil scheint auf diesem hohen Niveau stabil zu sein. Unterschiede im Konsumverhalten zwischen Frauen und Männern zeigen sich erst bei den über 25-Jährigen. Bei den Männern bis 34 steigt der Konsum weiter an, während er bei den Frauen wegen bestehender oder geplanter Schwangerschaften unverändert bleibt. Unterschiede gibt es auch in Bezug auf die Schulbildung. 22 Prozent der Berufsschüler rauchen täglich im Gegensatz zu 13 Prozent der Gymnasiasten. Durchschnittlich rauchen täglich

konsumierende Jugendliche zwölf Zigaretten am Tag, nicht täglich Rauchende im Durchschnitt 14 Zigaretten während einer Woche.

Zu diesen Ergebnissen kommt eine nationale Umfrage zum Tabakkonsum im Zeitraum von Januar 2001 bis Dezember 2002. Sie wurde im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) von einem Team um Rainer Hornung, Professor am psychologischen Institut in Zürich, durchgeführt. Rund 20 000 Personen im Alter von 14 bis 65 Jahren, darunter 2 344 14- bis 20-jährige Jugendliche und junge Erwachsene, wurden telefonisch befragt. 1 174 Jugendliche erhielten zusätzlich vertiefende Fragen zu ihrem Rauchverhalten.

Aufhören – eine schwierige Sache

Obschon das Rauchen stark verbreitet ist, hat Nichtrauchen bei den Jugendlichen ein positives Image: Nichtraucherinnen und Nichtraucher sind die grösseren Geniesser, sie sind cooler, erfolgreicher und attraktiver. Dagegen bewerten sie Raucherinnen und Raucher – wenn auch als kontaktfreudiger – so doch als nervöser, aggressiver, unzufriedener, unsicherer und egoistischer. Trotzdem denken 46 Prozent der rauchenden Jugendlichen nicht daran, das Rauchen aufzugeben. Aufhören, eine schwierige Sache, das findet die Hälfte der Jugendlichen und meint immerhin, dass sie innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht mehr rauchen

werde. Sie unterschätzt jedoch die Schwierigkeiten: Die Umfrage zeigt nämlich, dass es nur einer von 20 Personen gelingt, im jugendlichen Alter tatsächlich von den Zigaretten zu lassen. Die Jugendlichen haben auch ein etwas unklares Bild vom Rauchverhalten in ihrem sozialen Umfeld. Sie glauben, das Rauchen sei viel weiter verbreitet als tatsächlich der Fall. Das verstärkt den gesellschaftlichen Druck und lässt die negativen Aspekte gleichzeitig harmloser erscheinen. Ausserdem begünstigen rauchende Familienmitglieder und der Einfluss der Werbung den Tabakkonsum.

Die Umfrage beleuchtet auch, warum Jugendliche überhaupt erst zur Zigarette greifen. Knapp drei Viertel geben an, das Rauchen sei zur Gewohnheit geworden. Auch die beruhigende Wirkung einer Zigi im Stress und der Geschmack spielen eine wichtige Rolle. Die Hauptgründe gegen den Griff zur Zigarette sind umgekehrt die Schädigung der Gesundheit sowie Befürchtungen, abhängig zu werden.

Prävention vor grossen Herausforderungen

Die Ergebnisse der Umfrage lassen erahnen, vor welchen Herausforderungen die Tabakprävention steht. Jugendliche orientieren sich in ihrer Entwicklung an der Erwachsenenwelt. Für eine wirkungsvolle Prävention bei den Jugendlichen ist eine ebensolche bei den Erwachsenen Voraussetzung. Neben den auf Jugendliche ausgerichteten Massnahmen wie zum Beispiel das «Experiment Nichtrauchen» sollten andere, wie im «Nationalen Programm zur Tabakprävention 2001–2005» formuliert, umgesetzt werden: strengere Werbebeschränkungen, höhere Tabaksteuern, Schutz der Nichtraucher in öffentlichen Räumen, Restaurants und so fort.

www.rauchenschadet.ch
www.experimentnichtrauchen.ch
www.letitbe.ch

Die Resultate des Tabakmonitorings lassen aufhorchen. Rauchen in der Schweiz bald mehr Frauen als Männer?

Rauchen bald mehr Frauen als Männer?

Tabakmonitoring: Die Ergebnisse der ersten beiden Jahre der Schweizerischen Umfrage zum Tabakkonsum liegen vor: Ein Drittel der Einwohnerschaft der Schweiz raucht. Setzt sich die gegenwärtige Entwicklung fort, dann werden bald erstmals mehr Frauen als Männer in der Schweiz rauchen.

Das Tabakmonitoring gibt periodisch Auskunft über die Rauchgewohnheiten der Schweizer Bevölkerung. So rauchten in der Erhebungsperiode der Jahre 2001 und 2002 rund ein Drittel (32 Prozent) der Frauen und Männer im Alter zwischen 14 und 65 Jahren. Mehr als die Hälfte von ihnen möchte damit aufhören und neun Prozent planen diesen Schritt im nächsten Monat. Männer (37 Prozent) rauchen häufiger als Frauen (29 Prozent), strengen sich jedoch mehr an, um vom Rauchen loszukommen. Frauen gelingt es weniger, weil sie womöglich mehr durch Beruf, Haushalt und Familie belastet sind und Angst haben, an

Körpergewicht zuzunehmen. Falls der Anteil der Frauen, welche das Rauchen aufgegeben haben, in den kommenden Jahren stagniert, dann werden inskünftig in der Schweiz erstmals mehr Frauen als Männer rauchen. Bei der jüngeren Generation herrscht bereits Gleichstand der Geschlechter. (s. oben stehenden Artikel)

Repräsentative Daten

Mit dem so genannten Tabakmonitoring wird der Tabakkonsum der 14- bis 65-Jährigen Wohnbevölkerung repräsentativ erfasst. Seit Januar 2001 führten die Befrager in jedem Quartal 2 500 Telefoninter-

views. Jedes Jahr lassen sich demnach die Antworten von 10 000 Personen auswerten. Das Tabakmonitoring besteht im Wesentlichen aus einem Basismodul, das je nach Bedarf mit Ergänzungsblöcken, zum Beispiel mit Zusatzfragen an Jugendliche, ergänzt werden kann. Die Befragung geschieht in drei Landessprachen, die Interviews pro Quartal teilen sich dabei wie folgt auf: 1 425 Interviews in der Deutschschweiz, 700 Interviews in der Romandie und 375 Interviews in der italienischen Schweiz. Damit sich die Analyse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, von schwangeren Frauen und Müttern von Kleinkin-

dern auf genügend Personen abstützen kann, sind diese Personenkategorien bewusst übervertreten. Dies gilt genauso für die West- und die Südschweiz. Nach der Analyse werden die Daten gewichtet, um so die Verhältnisse in der Schweizerischen Wohnbevölkerung korrekt zu repräsentieren. Das Tabakmonitoring realisieren im Auftrag des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) Rainer Hornung und Roger Keller vom psychologischen Institut der Universität Zürich sowie der Zürcher Kommunikations- und Publikumsforscher Hans Krebs. Die Datenerhebungen führt das Institut für Markt- und Sozialforschung LINK durch.



Publikationen

Titel	Inhalt/Umfang	Preis	Bezugsquelle
Starrkrampf – Tetanus	Informationsvideo VHS (D oder F oder I) oder CD-ROM (alle 3 Sprachen) der Schweizerischen Gesellschaft für Impfpromotion	CD: Fr. 20.– + Porto/Verpackung Fr. 5.– VHS: Fr. 25.– + Porto/Verpackung Fr. 7.–	Digital Performance Center Tel. 01 942 04 57, Fax 01 940 05 65, impfvideo@dpc.ch
Kinder impfen? Ja! Wieso?	Informationsbrochüre zu den wichtigsten Fragen rund ums Impfen, Format A5, 16 Seiten	gratis	BBL, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58 verkauf.zivil@bbl.admin.ch (Bestell-Nummer 311.260.d)
Kinder impfen? Ja! Wieso? Argumentarium.	Argumentarium für Ärzte und Medizinalpersonen mit den wichtigsten Argumenten und Hintergrundinformationen rund ums Impfen, Format A5, 32 Seiten	gratis	BBL, 3003 Bern, Fax 031 325 50 58 verkauf.zivil@bbl.admin.ch (Bestell-Nummer 311.261.d)
Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen	Broschüre, Format A4, 26 Seiten Deutsch, Französisch und Englisch	gratis	BAG, Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention, 3003 Bern, Tel. 031 323 11 76 cornelia.stromsky@bag.admin.ch
Bevor es zu spät ist ... Gefährdete Jugendliche frühzeitig erkennen und stärken	Zeitung Deutsch und Französisch	gratis	BAG, Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention, 3003 Bern, Tel. 031 323 11 76 angela.klopfstein@bag.admin.ch
Trends im Konsum psychoaktiver Substanzen von Schülerinnen und Schülern in der Schweiz	Ausgewählte Ergebnisse einer Studie, durchgeführt unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und mit der finanziellen Unterstützung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) sowie der Schweizer Kantone. 12 Seiten A5	Fr. 15.–	Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme, Postfach 870, CH-1001 Lausanne, Tel. 021 321 29 11 info@sfa-isp.ch www.sfa-isp.ch

Agenda

Titel	Datum/Ort	Kurzbeschreibung	Kontaktadresse
1. QuaTheDA-Symposium	3. September 2003, Bern	www.quatheda.ch	KOSTE, Eigerplatz 5, Postfach 460, 3000 Bern 14, Tel. 031 376 04 01 Fax 031 376 04 04, quatheda.stat@koste-coste.ch
Illegal, legal, ist's egal? Cannabis und Prävention.	25. September 2003, Kongresshaus Biel	Nationales Forum für Fachleute der Suchtprävention zum Thema Cannabisprävention.	Radix Gesundheitsförderung, Schwanengasse 4, 3011 Bern, Fax 031 312 75 05. www.radix.ch

Kontakt

Abteilung und Fachstellen	Telefon
Sektion Alkohol und Tabak	031 323 87 86
Sektion Drogen	031 323 87 13
Sektion Grundlagen und Forschung	031 323 87 93
Sektion Aids	031 323 88 11
Sektion Kampagnen und Marketing	031 323 87 79
Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention	031 323 87 55
Nationales Programm zur Tabakprävention	031 323 20 43
Fachstelle Migration und Gesundheit	031 323 30 15
Fachstelle Gesundheit und Umwelt	031 323 06 01

Impressum

Nr. 39 / Juli 2003

«spectra – Gesundheitsförderung und Prävention» ist eine Informationsschrift des Bundesamtes für Gesundheit und erscheint sechs Mal jährlich in deutscher, französischer und englischer Sprache. Sie bietet in der Rubrik «Forum» auch Raum für Meinungen, die sich nicht mit der offiziellen Haltung des Bundesamtes für Gesundheit decken.

Herausgeber:
Bundesamt für Gesundheit
3003 Bern, Tel. 031 323 87 79
Fax 031 322 24 54

Realisation:
Pressebüro Christoph Hoigné,
Allmendstrasse 24,
3014 Bern
hoigne@datacomm.ch

Leitung Redaktionskommission:
Markus Allemann,
markus.allemann@bag.admin.ch

Textbeiträge: Mitarbeitende des BAG, Ch. Hoigné, weitere Autoren

Fotos: Christoph Hoigné, BAG

Grafische Gestaltung: Visual Dream Production GmbH, Bern

Druck: Beag Druck AG,
Emmenbrücke

Spezial-Grossauflage:
21 000 Ex. deutsch, 9 000 Ex. franz., 2 000 Ex. engl.

Einzelexemplare von «spectra» können bestellt werden:
Bundesamt für Gesundheit, Sektion Kampagnen und Marketing, 3003 Bern Tel. 031 323 87 79 Fax 031 322 24 54

Die nächste Ausgabe erscheint im September 2003.

www.bag.admin.ch

Inserat



... ich möchte «spectra», den Newsletter für Gesundheitsförderung und Prävention, regelmässig kostenlos erhalten.

Bitte senden Sie «spectra» an folgende Adresse:

Name _____
Vorname _____
Adresse _____
Ort _____

Bitte senden Sie mir «spectra» in folgender Sprache:

☐ Deutsch
☐ Französisch
☐ Englisch

Bitte senden Sie mir mehrere Exemplare von «spectra»:

Anzahl

Deutsch
 Französisch
 Englisch

Bestelladresse:

GEWA
Tannholzstrasse 14
Postfach
3052 Zollikofen
Telefon 031 919 13 13
Fax 031 919 13 14

Das Alkoholprogramm «Alles im Griff?» leistet gute Arbeit

«Alles im Griff?»: Die Evaluatoren des ersten nationalen Alkohol-Präventionsprogrammes beurteilen dieses als «im Grossen und Ganzen erfolgreich». Die Empfehlung lautet, das Programm weiterzuführen, obschon über die Nachhaltigkeit noch nichts Schlüssiges gesagt werden kann.

Das mit immer neuen Denkanstössen auf Plakatwänden wiederkehrende Drink-Glas und der Flaschenöffner: Symbole der Sensibilisierungskampagne des nationalen Alkoholprogramms «Alles im Griff?».

Mit Inseraten, Plakaten und Werbespots im Fernsehen startete im März 1999 das erste nationale Alkohol-Präventionsprogramm für vorerst vier Jahre. Unter dem Namen «Alles im Griff?» und mit dem Bild eines Flaschenöffners als Symbol beinhaltet das Programm sechs Teilprojekte, wobei die massenmediale Kampagne aufwandmässig den grössten Anteil einnimmt. «Alles im Griff?» zielt grundsätz-

lich auf die Information und Sensibilisierung der Bevölkerung und will gleichzeitig zu risikoarmem Verhalten beim Alkoholkonsum anregen. Die Zielgruppe sind die episodischen Risikokonsumierenden, also jene, die mehr als zweimal pro Monat übermässig Alkohol trinken: Frauen mehr als vier Gläser pro Trinkanlass, Männer mehr als fünf. Hier soll sich als Kampagneneffekt speziell das Problembewusstsein der 20- bis

30-Jährigen erhöhen, von denen sich fast jeder zweite regelmässig einen Rausch antrinkt und damit sich selber wie auch seine Umwelt massiv gefährdet. Zu den Risikokonsumenten gehören weiter Personen, die nicht situationsangepasst trinken, zum Beispiel vor dem Autofahren, während einer Schwangerschaft und so fort.

Drei Partner, sechs Teilprojekte

Das Programm läuft unter der Federführung des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und mit der Mitwirkung der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) sowie der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV). Die Massnahmen des Projektes umfassen neben der Sensibilisierungskampagne fünf weitere Teilprojekte: So die Abgabe von Werbe- und Informationsmaterialien an regionale und kommunale Präventionsfachstellen und Alkoholberatungsstellen, die Fortbildung für Ärzte und medizinische Fachpersonen, die Verbreitung der Präventionsbotschaften über das Internet, das nationale Netzwerk von Gemeinden, die eine eigene lokale Alkoholkonsumpolitik formulieren und umsetzen («Die Gemeinden handeln!»), sowie die Unterstützung einer Helpline für telefonische Beratung (dies allerdings nur im Jahr 2000).

Vier Jahre sind zu kurz

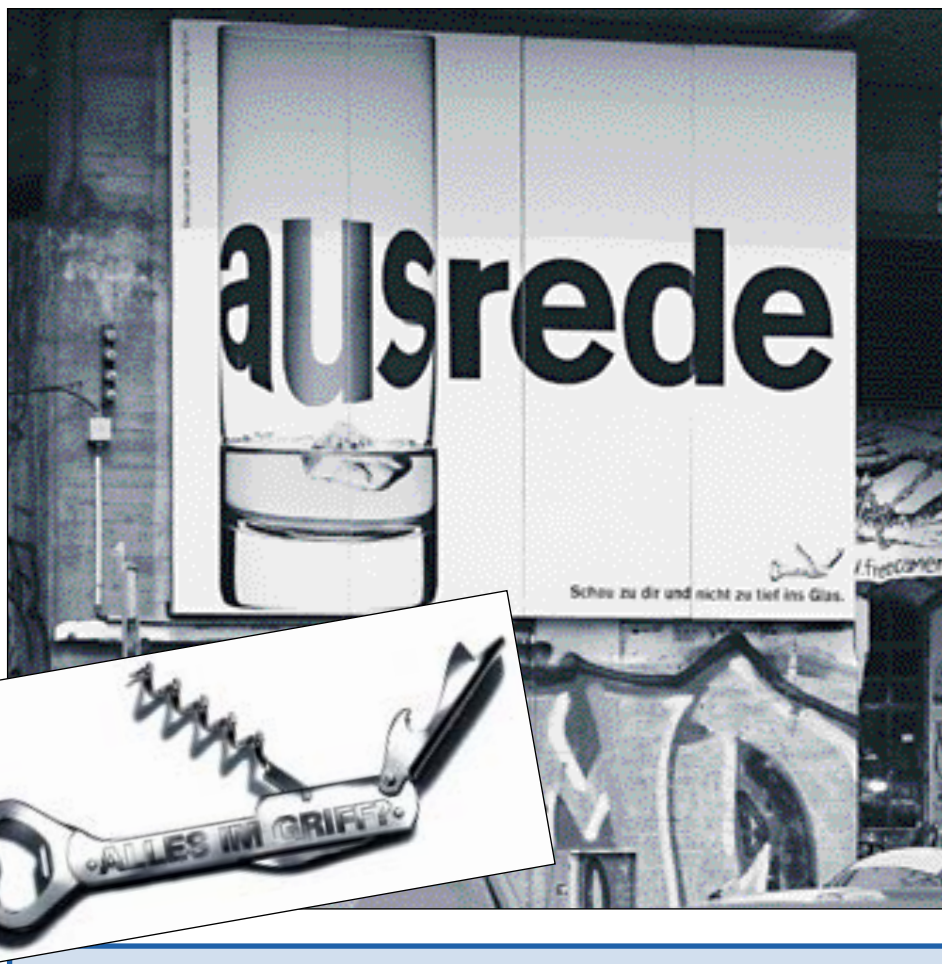
Die Arbeitsgemeinschaft Global-evaluation (zusammengesetzt aus IPSO, Interface und ISPM Bern) stimmt mit den Programmverantwortlichen überein, dass der unangemessene Alkoholkonsum in der Schweiz ein Gesundheitsproblem mit gesellschaftlich bedeu-

tenden Auswirkungen darstellt. Damit ist das Präventionsprogramm berechtigt. Die Evaluatoren kommen zum Schluss, dass «Alles im Griff?» «im Grossen und Ganzen erfolgreich» sei. Besonders die Fokussierung auf die zahlenmässig bedeutende und bisher in der Prävention kaum beachtete Gruppe der episodischen Risikokonsumierenden wird positiv vermerkt. Grundsätzlich erachten die Evaluatoren den Zeithorizont von vier Jahren seit Programmstart jedoch als zu kurz, um konkrete Auswirkungen des ersten nationalen Alkoholprogramms auf den Alkoholkonsum erwarten zu können. Ebenso bemängeln sie den Zeit- und Erfolgsdruck auf das Programm durch die Programm-gremien, besonders während der Konzeptphase. Der Zielerreichungsgrad der Teilprojekte ist unterschiedlich. Summarisch lässt sich sagen, dass qualitativ die Ziele weitgehend erreicht wurden, quantitativ jedoch nicht. Die Auswirkungen können noch nicht vollends beurteilt werden. Weiter sind die Verfasser der Ansicht, dass das Programm zuwenig transparent ist, weil ein umfassendes schriftliches Konzept (inklusive logframe) als Führungsinstrument fehlt. Obschon die Nachhaltigkeit als noch nicht gesichert beurteilt wird, empfehlen die Evaluatoren, das Projekt weiterzuführen, da das Programm gute Arbeit leiste.

www.alles-im-griff.ch

Quelle:
Das Alkoholprogramm 1999-2002 «Alles im Griff?», Kurzbericht der Evaluation, Hergiswil, Oktober 2002.

Ab Juli/August:
www.bag.admin.ch/cce/studien/sucht/d/index.htm



Zur Evaluation des Alkoholprogramms 1999–2002

Eine Stellungnahme der Programmverantwortlichen.

Der Entscheid der drei Partnerorganisationen BAG, EAV und SFA, gemeinsam ein Alkoholpräventionsprogramm zu starten, bedeutete einen ersten Schritt in Richtung einer gemeinsamen Alkoholkonsumpolitik. Durch die Dreierträgerschaft wurde eine möglichst breite Abstützung der Ziele und Massnahmen des Programms angestrebt. Die Idee war, dass Know-how, Verantwortung und Ressourcen bestmöglichst zueinanderfinden und genutzt werden.

1999 war der Fokus der Fachwelt in den Kantonen, Regionen und den privaten Organisationen mehrheitlich auf die Problematik der Alkohol-Abhängigkeit eingestellt. Der Bereich der Alkoholprävention wurde wenig berücksichtigt. Dank der repräsentativen Umfrage von «Alles-im-Griff?» konnte aufgezeigt werden, dass der risikoreiche Alkoholkonsum, respektive das Rauschtrinken, mit all seinen akuten Gefahren für die Betroffenen und deren Umfeld ein grosses soziales Problem dar-

stellt und ernster genommen werden muss.

Ein hoch gestecktes Globalziel

Das Globalziel von «Alles im Griff?» lautete: «Verminderung der risikoreichen Trinkmuster in der Schweizer Bevölkerung». Es handelt sich um ein hoch gestecktes Ziel, das nur mit einem Langzeitprogramm erreicht werden kann. Es hat uns deshalb nicht erstaunt, dass die Evaluation aufzeigt, dass die vier Jahre zu kurz sind, um messbare Erfolge im Sinne eines weniger risikoreichen Trinkverhaltens aufzuzeigen.

Die Weiterführung wird empfohlen

Die Evaluation hat sowohl die Relevanz des Alkoholprogramms wie auch die Leistungen der Projekte positiv beurteilt. Sie empfiehlt eine Weiterführung. Es zeigt sich jedoch, dass die permanente Wirkungsorientierung im Sinne der Erzeugung von Nachhaltigkeit verstärkt werden muss. Es geht also darum, die vorhandenen Mittel, unter Wahl einer geeigneten und

abgestimmten Strategie, optimal für die Zielerreichung einzusetzen.

Umsetzung der Empfehlungen hat begonnen

Das Jahr 2003 wird – neben der Implementierung der beiden erfolgreichen Projekte «Die Gemeinden handeln!» und «Früherkennung und Kurzintervention» (Ausbildung für Ärzte) – vor allem dem Redesign des Programms gewidmet. Die Empfehlungen der Evaluation werden in die Planungsdiskussion einfließen. Die Schaffung effizienterer Programmstrukturen und die Anpassung des Globalzieles stehen dabei im Mittelpunkt. Um regelmässig Daten über den Wirkungsbeitrag der einzelnen Projekte zu erhalten, wird ein Konzept zur Selbstevaluation der einzelnen Projekte erstellt und implementiert. Die gewonnenen Daten liefern neben anderem eine gute Entscheidungsgrundlage für die zukünftige Steuerung des Programms respektive der Projekte.

Die Richtung stimmt

Um die Probleme rings um den Alkoholmissbrauch zu verringern

und eine erfolgreiche Präventionsarbeit zu leisten, sind breit abgestützte und unter den verschiedensten Partnern vernetzte Massnahmen nötig. Dies soll längerfristig mit einer nationalen Alkoholkonsumpolitik erreicht werden. «Alles-im-Griff?» ist ein erster Schritt in diese Richtung. Diesen Weg systematisch weiter zu beschreiten wird Aufgabe des BAG in den nächsten Jahren sein. In den letzten Monaten hat sich in der Politik einiges getan. Die Neuerungen im Strassenverkehrsgesetz, die Debatten um die Einführung der Alcopop-Sondersteuer, die Vorschriften zu Bier- und Weinwerbung im Radio und Fernsehen sowie die immer zahlreicheren kantonalen Verbote für Plakatwerbung bewirken ausserdem, dass die Bevölkerung und die Exekutive empfänglicher sind für die Anliegen der Alkoholprävention. Wir gehen davon aus, dass «Alles im Griff?» einen wesentlichen Teil dazu beigetragen hat und schöpfen daraus den Mut, die Herausforderungen der kommenden Jahre mit Elan anzugehen.

Neuer Look, attraktive Angebote

www.bag.admin.ch. Die Website des Bundesamtes für Gesundheit präsentiert sich in den drei Bereichen «HIV und Aids», «Sucht» sowie «Migration und Gesundheit» seit Anfang Mai in einem neuen Gewand und bietet einige attraktive Neuerungen an.

Die online angebotenen Informationen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) werden täglich von Tausenden genutzt. Ein Fünftel aller Seitenabrufe (Pageviews) gingen im Monat Mai aufs Konto der drei Bereiche «HIV und Aids», «Sucht» sowie «Migration und Gesundheit». Sie werden seit dem 1. Mai in einem neuen Erscheinungsbild und mit erweiterter Funktionalität angeboten. Als besonders beliebt entpuppte sich der neu angebotene Online-Shop, wo Publikationen des BAG via «Warenkorb» direkt bestellt werden können. Ebenfalls sehr geschätzt werden der Veranstaltungskalender mit entsprechenden Links zu nationalen und internationalen Kongressen, die Download-Archive sowie Link-Sammlungen.



Die genauen Internet-Adressen:

HIV und Aids:
www.suchtundaids.bag.admin.ch/themen/aids/index.html
Sucht:
www.suchtundaids.bag.admin.ch/themen/sucht/index.html
Migration und Gesundheit:
www.suchtundaids.bag.admin.ch/themen/migration/index.html

Konkrete Hilfe im Netz

Brennende Fragen. Junge Menschen klagen über Stress in der Schule, haben Fragen zu Aids und zur Sexualität, werden von Liebeskummer geplagt oder wollen sich über Drogen informieren. **www.tschau.ch** bietet online Beratung und Information.

«Ich habe gehört, dass ein Joint weniger schädlich ist als eine Zigarette. Stimmt das?», fragt eine junge Frau. «Meine Lehrerin plagt mich. Ich kann deswegen kaum mehr schlafen», klagt ein anderer Teenager. Seit drei Monaten ist die Homepage **www.tschau.ch** einem breiten deutschsprachigen Publikum zugänglich. Täglich beantworten Fachleute Fragen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Sie stehen vor neuen Situationen, Lebensabschnitten und Entscheidungen. Oft haben diese einen direkten Einfluss auf deren Gesundheit oder auf deren persönliche Entwicklung. So klagen sie zum Beispiel über Leistungsdruck am Arbeitsplatz und in der Schule, über psychisches Unwohlsein, sind suchtgefährdet oder spielen gar mit Suizidgedanken.

Vertrauenswürdiger Partner

Konfrontiert mit viel Neuem und Unbekanntem fehlt jungen Menschen häufig ein vertrauenswürdiger und neutraler Ansprechpartner. Hier setzt das Konzept von **tschau.ch** an: Die Internetseite nimmt sich den gestellten Fragen kompetent an. Dies geschieht über eine Online-Beratung, in der anonyme Fragen zu den Lebensbereichen Sexualität,

Beziehungen, Gesundheit, Umgang mit Suchtmitteln sowie Schule und Arbeitswelt an ein Expertenteam gestellt werden. Die Fragen werden von Jugendberaterinnen und Jugendberatern sowie Spezialistinnen und Spezialisten des jeweiligen Themengebietes innert drei Tagen beantwortet.

tschau.ch bietet als niederschwelliges Angebot einerseits konkrete Hilfe an, andererseits werden die Anfragenden motiviert, ihre eigenen Fähigkeiten zu nutzen und so ihr Leben in Eigenverantwortung zu gestalten. Dies kann auch in Zusammenarbeit mit einer lokalen Anlaufstelle, beispielsweise einer regionalen Jugendberatungs- oder Suchtberatungsstelle, geschehen. Um diese wichtige Vernetzung mit den Angeboten vor Ort zu gewährleisten, arbeitet **tschau.ch** mit einer Reihe von regionalen Partnern zusammen.

Initiantin des in der Romandie als **www.ciao.ch** seit sechs Jahren erfolgreichen Projektes ist die Gesundheitsförderung Schweiz, Projektleiterin die Schweizerische Fachstelle für Alkohol- und andere Drogenprobleme (SFA) ■

Weitere Informationen:
SFA, Matthias Meyer
Tel. 021/ 321 29 31
tschau@sfa-isp.ch
www.tschau.ch

Mehr Transparenz in der Drogenrehabilitation

Finanzierungsmodell für die stationäre Suchthilfe (FiSu): Das Modell FiSu steht. Mehr Leistungsqualität, Transparenz und Kostenbewusstsein bei der Behandlung von stationären Suchtmittelabhängigen soll es bringen. Der Ball liegt jetzt bei den Kantonen, ob sie das Modell übernehmen und sich zu FiSu-Regionen zusammenschliessen wollen.

Bis 1996 war die Finanzierung der Institutionen der stationären Suchthilfe kein Problem, weil die Beteiligung der Invalidenversicherung dank einer Pauschalenerkennung der KlientInnen gesichert war. Infolge des Wechsels zur gesetzestkonformen individuellen Anerkennung gingen die Kollektivbeiträge der Invalidenversicherung zurück. Gleichzeitig sank auch die Nachfrage nach stationären Therapieplätzen. Während vier Jahren leistete der Bund Überbrückungshilfe in der Höhe von insgesamt 48 Millionen Franken. Zudem erteilte er der Koordinationsgruppe FiSu den Auftrag, ein leistungsorientiertes Finanzierungsmodell für die stationäre Suchthilfe zu entwickeln. Damit sollten die Kantone ein Instrument zur nachfrageorientierten, qualitativen Steuerung der stationären Suchthilfe erhalten. Mittlerweile ist dieses Finanzierungsmodell zur Einführung bereit. Das Handbuch, in dem das System und die Einführung detailliert beschrieben sind, ist in der Endbearbeitung. Die wichtigsten Elemente daraus sind bereits im Internet unter **www.infofet.ch** (Stichwort «Therapiefinanzierung») zu finden.

Vergleichbarkeit der Leistungen

Im Wesentlichen definiert das Modell Standards, die es erlauben, Suchthilfeinstitutionen nach ihren Angeboten und Leistungen einzuteilen, die Kosten genau zu berechnen und sie miteinander zu vergleichen. Entscheidend für die Profilierung und Tarifierung der Institutionen ist die Frage, ob eine Behandlungseinrichtung den Ansprüchen eines professionellen Leistungsangebotes im Primärbereich genügt und konkrete Leistungen in Bezug auf Arbeit, Bildung und Freizeit anbietet. Um die Qualität sicher zu stellen, müssen die Institutionen über ein anerkanntes Qualitätsmanagement-System verfügen. Das BAG hat mit **QuaTheDA (www.quatheda.ch)** ein speziell auf die stationäre Suchtbehandlung ausgerichtetes Qualitätsinstrument entwickelt.

Indikation ist entscheidend für den Behandlungserfolg

Aufgrund von Forschungsergebnissen ist zu schliessen, dass der Erfolg einer Behandlung weitgehend von der Wahl einer angemessenen Therapie abhängt. Ein in Entwicklung begriffenes computerunterstütztes Programm zur Indikationsstellung soll den einweisenden Stellen (Versorger bzw. von diesen beauftragte Sozialdienste oder Fachstellen) helfen, jene Einrichtung zu bestimmen, die den individuellen Bedürfnissen einer Klientin oder eines Klienten entspricht.

Defizitausgleich durch Kantone fällt weg

Mit dem Modell FiSu erfolgt der Wechsel von der Tagessatzfinanzierung zur Pauschalfinanzierung. Als Folge davon entfällt die kosten treibende Defizitdeckung, die einen Anreiz zur Mengenausweitung enthält, weil unter ihr Behandlungsplätze auch dann finanziert werden, wenn keine Nachfrage dafür besteht.

Die Kantone sind zurückhaltend

Unter dem Modell FiSu soll die weitere Entwicklung der stationären Suchthilfe koordiniert erfolgen. Als Ergebnis verspricht man sich eine qualitative Verbesserung der Leistungen sowie mehr Transparenz und Kostenbewusstsein bei der stationären Behandlung von Suchtmittelabhängigen. Das Modell stiess bei den Kantonen aus fachlicher Sicht weitgehend auf Zustimmung. Theoretisch wäre der Beitritt zum Modell ab Anfang dieses Jahres möglich gewesen. Bisher ist zwar kein Kanton beigetreten, aber es hat sich auch noch kein Kanton definitiv zurückgezogen. «Für die Kantone ist das ein grosser Schritt», erklärt Markus Jann, Leiter der Sektion Drogen beim Bundesamt für Gesundheit (BAG). Bereits während der Profilierung der Institutionen hat eine Bereinigung der Angebotsstruktur stattgefunden. Über 20 Institutionen haben die Voraussetzungen für ein stationäres Angebot nicht erfüllt, zudem haben aufgrund eines Nachfragerückgangs weitere 20 Institutionen seit 1999 ihren Betrieb eingestellt.

Damit das Modell praktikabel ist, müssen sich mindestens drei Kantone, die gesamtthaft eine Million Einwohner repräsentieren, zu einer FiSu-Region zusammen schliessen und FiSu beitreten. Doch gerade jene Kantone, die über ein gut ausgebauten Suchthilfeangebot verfügen, bekunden Schwierigkeiten mit der Umstellung auf eine Pauschalabgeltung. So sind einzelne Kantone bereits dabei eigene, FiSu-ähnliche Modelle, umzusetzen. Sie verzichten dabei allerdings auf den überregionalen bzw. nationalen Fokus und den Wechsel zur kosten senkenden Pauschalfinanzierung, welches die Hauptanliegen des neuen Finanzierungsmodells darstellen.

Bis im Herbst wird sich zeigen, ob sich die Kantone auf das Modell einlassen wollen. Wenn nicht, so hat die Diskussion rund um das Modell immerhin eine neue und sichtbare Entwicklung in der stationären Suchtbehandlung eingeleitet.

Weitere Auskünfte:
Thomas Egli, BAG
3003 Bern
Tel. 031 323 80 19
thomas.egli@bag.admin.ch